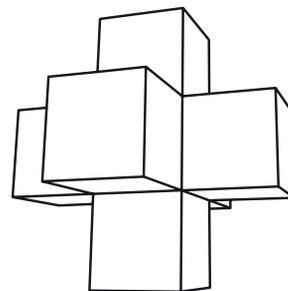


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Dossier	18
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

30. Jahrgang, Erscheint zehnmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Verbandsbeschwerde

Die Verbandsbeschwerdeinitiative wirft Wellen. Oft ohne den Initiativtext überhaupt gelesen zu haben, wird ihm eine umweltfeindliche Etikette oder zweifelhafte juristische Qualität unterstellt. Dem ist jedoch nicht so. **Seite 3**

Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit ist aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung ein wichtiger Schritt für die Zukunft der Schweiz. Eine Ablehnung der Weiterführung und Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens würde sich verheerend für den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze in der Schweiz auswirken. **Seite 18**

AHV

Was die neue AHV-Initiative fordert, tönt verlockend. Doch diese milliardenschwere Belastung für unser wichtigstes Sozialwerk gilt es ganz klar abzulehnen. **Seite 21**

Betäubungsmittelgesetz

Am 30. November stimmen wir über die Vorlage des revidierten Betäubungsmittelgesetzes ab. Mit der Vorlage sollen die mehrheitsfähigen Elemente der im Sommer 2004 gescheiterten Revision nun endlich unter Dach und Fach gebracht werden. **Seite 22**



Die jüngste Partei der Schweiz wurde am 25. Oktober getauft.

Eine grosse liberale Familie

Am 25. Oktober gründeten die zwei ältesten Parteien der Schweiz die jüngste Partei unseres Landes. FDP – Die Liberalen.

Über 300 Delegierte sagten am 25. Oktober in Bern «JA» zum Zusammenschluss der beiden Parteien FDP Schweiz und Liberale Partei der Schweiz. Am 25. Oktober wurde der politische Entscheid

über einen Zusammenschluss gefällt. Im Februar 2009 wird der juristische Entscheid folgen. Die neue Partei will die öffentliche Diskussion beleben und ihr den Stempel aufdrücken. Dank politischen

Erfolgen soll liberalen Ideen und Persönlichkeiten ein bestimmender Platz in der politischen Auseinandersetzung gesichert werden.

Seite 12

Dreifacher Dank den Freisinnigen

Liebe Freisinnige

Einschneidende Ereignisse wie Krankheiten oder Krisen bringen uns Menschen oftmals dazu, gewisse Dinge in unserem Leben mit andern Augen zu sehen oder gar grundlegend zu überdenken. In solchen Momenten fragen wir uns: Haben wir unsere Zeit und Energie bestmöglich eingesetzt? Haben wir die richtigen Prioritäten gesetzt? Haben wir nach den richtigen Werten gelebt? Doch ein Wert strahlt auch in solchen Zeiten konstant wie ein Leitstern: der Liberalismus. Sie, die Freisinnigen, tragen diesen Liberalismus, in guten wie in schwierigeren Zeiten. Dafür gebührt Ihnen mein dreifacher Dank.

Zuerst möchte ich Ihnen meinen Dank in eigener Sache ausdrücken. In den Tagen nach meinem Herzstillstand stellten sich auch mir grundsätzliche Fragen. Aber vom ersten Augenschlag an war mir klar, dass ich weiterhin aktiv für den Liberalismus kämpfen würde. Ich schätze mich glücklich, dass mir dies weiterhin vergönnt ist. Dafür



Hans-Rudolf Merz

bin ich auch Ihnen zu grossem Dank verpflichtet: Sie haben mir – wie auch so viele andere Menschen in unserem Land – in dieser Zeit eine immense Anteilnahme zukommen lassen. Mit Ihren Glückwünschen, Aufmunterungen, Präsenten, Blumen und Briefen haben Sie mein Herz erwärmt und für neue Herausforderungen gestärkt. Ich bin Ihnen dafür sehr verbunden.

Zweitens gebührt Ihnen Dankbarkeit für die Fusion mit der Liberalen

Partei der Schweiz, die Ihre Delegierten am vergangenen 25. Oktober in Bern in einer feierlichen Versammlung vollzogen haben. Sie haben diese Vereinigung der liberalen Kräfte in diesem Land über die letzten Jahre breit abgestützt erarbeitet und mit grossem Engagement und mit Weitsicht erfolgreich durchgeführt. Damit haben Sie die liberale Familie in einer wichtigen Phase entscheidend gestärkt. Mit dieser gebündelten Kraft wird die neue FDP noch besser in der Lage sein, unseren liberalen Werten zum Durchbruch zu verhelfen. Dies ist in der heutigen Zeit nötiger denn je.

Daran schliesst mein dritter Dank an. Ich spreche ihn Ihnen aus für die Überzeugung und die Kraft, mit der Sie die Fackel des Liberalismus auch hochhalten, wenn der Wind einmal etwas rauer bläst. In der gegenwärtigen Krise der globalen Finanzmärkte glauben die Kritiker der Freiheit, des Marktes und der Eigenverantwortung, sie könnten den Liberalismus mit

einem künstlichen Gebläse von Schuldvorwürfen an die Wand drücken. Doch diesen antiliberalen Windmaschinen entweicht nur warme Luft. Die aktuelle Krise ist Frucht von individueller Masslosigkeit, dem Auseinanderfallen von Verantwortung und Gewinn und in mancher Hinsicht auch von Staatsversagen. Nichts von alledem ist liberal. Wir Freisinnigen setzen uns hingegen ein für Freiheit mit Augemass, Selbstverantwortung und einen starken, aber schlanken Staat.

Auf diesen Werten haben wir vor 160 Jahren unseren Staat aufgebaut, und auf diesen Werten tragen wir ihn in die Zukunft. Davon bringt uns keine Krankheit ab und keine Krise, kein Sturm, und erst recht kein künstlicher Wind. Es leben die Freisinnigen!

Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Christian Heydecker, Präsident FDP SH

Die FDP Schaffhausen darf auf grosse Erfolge bei den letzten Wahlen zurückblicken und als Siegerpartei gefeiert werden. Sie hat ihren «Marktanteil» um 5% gesteigert und – unter Berücksichtigung der Verkleinerung des Kantonsrates – vier Sitze dazugewonnen. In Schaffhausen wurde das Parlament dank einer FDP-Initiative von 80 auf 60 Sitze verkleinert: Die freisinnige Fraktion konnte trotzdem ihre Sitzzahl von 14 halten. Bisher war die FDP nur drittstärkste Kraft. FDP und SP sind nun mit je 14 Sitzen gleich stark im Rat vertreten. Ein Super-Resultat, das nur durch eine konsequente und verlässliche



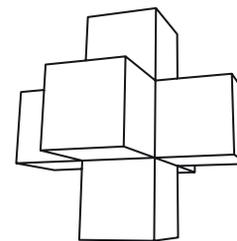
**Christian Heydecker,
der Kopf des Monats.**

Politik möglich geworden ist. Christian Heydecker hat mit seiner Partei das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen können. Für diese Arbeit ziehen wir den Hut, gratulieren herzlich und machen ihn zum «Kopf des Monats».

Geits no?

Die bilateralen Abkommen mit der EU sind eine Quelle von Wohlstand und Vollbeschäftigung und eine finanzielle Stütze der AHV. Die SVP gefährdet diese für die Schweiz zentrale Wohlstandsquelle in grob fahrlässiger Weise. Nach einem unglaublichen Zickzackkurs empfiehlt jetzt die SVP, den bilateralen Weg abzubrechen. Während sich die ganze Welt auf einen wirtschaftlichen Abschwung vorbereitet und Gegenmassnahmen trifft, betreibt die SVP in der wichtigsten Vorlage dieser Legislatur Totalopposition. Sie opponiert damit gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Unsere engen Beziehungen mit der EU schaffen nicht nur unzählige Arbeitsplätze in

der Schweiz: Die Personenfreizügigkeit hilft auch mit, unsere Sozialwerke – namentlich die AHV – zu finanzieren. Damit ist klar: Alle Schweizerinnen und Schweizer haben ein Interesse an möglichst guten Beziehungen mit der EU. Die bilateralen Abkommen mit der EU in Frage zu stellen, heisst Arbeitsplätze in der Schweiz zu gefährden.



Abstimmung

Ja zur Verbandsbeschwerdeinitiative

Die Verbandsbeschwerdeinitiative wirft Wellen. Oft ohne den Initiativtext überhaupt gelesen zu haben, wird ihm eine umweltfeindliche Etikette oder zweifelhafte juristische Qualität unterstellt. Der drastische Wirtschaftsabschwung verlangt nach Seriosität in der Diskussion. Deshalb die Fakten:

Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Die Initiative will eine korrekte Aufteilung der Rollen von Behörden und Volk, Verbänden sowie Investoren im Interesse von Umweltschutz und Investitionssicherheit.

- Der Staat erlässt Gesetze und sichert deren Einhaltung.
- Die öffentlichen und privaten Investoren sollen dank raschen und klaren Verfahren Rechtssicherheit und gute Rahmenbedingungen erhalten.
- Die Umweltverbände sollen im politischen Prozess überzeugen statt gerichtlich klagen.

Die Finanzkrise zeigt die Rolle des Staates in einer liberalen Gesellschaft: Erstens muss der Staat Regeln klar und wirksam festlegen. Genügen diese nicht, sind sie – wie beim Finanzmarkt – zu verbessern. Zweitens hat der Staat deren korrekte Anwendung zu garantieren, um glaubwürdig zu bleiben.

Dies gilt auch beim Umweltschutz. Der Staat bestimmt das Gesetz. Seit den Sechzigerjahren nimmt er diese Aufgabe gewissenhaft wahr, und die FDP hat sich hier stark engagiert: Dank uns wurden bei der Wasser- und Luftqualität bedeutende Fortschritte erzielt. Ähnlich die Umsetzung: Auch hier hat der Staat die Gesetze umgesetzt und zusammen mit der Privatwirtschaft dafür Milliarden Franken investiert.

Trotzdem traute man dem staatlichen Engagement für die Umwelt zuerst nur bedingt. Das rechtfertigte das Verbandsbeschwerderecht. Es sollte öffentliche Interessen anstelle des Staates mit Hilfe eines gerichtlichen Sonderbeschwerderechts gegen jeden planerischen oder operativen Beschluss



Fulvio Pelli

durchsetzen. An dieser Sonderstellung des Verbandsbeschwerderechts setzt die Initiative an. Sie will dem Staat die Verantwortung als Garant der Anwendung der Gesetze zurückgeben. Damit wird das Beschwerderecht nicht abgeschafft, wie fälschlicherweise behauptet wird. Vielmehr soll es nicht mehr gegen Entscheide der Kantons- oder Gemeindeparlamente oder gegen Volksentscheide, denen immer eine parlamentarische und öffentliche Debatte vorangegangen war, eingesetzt werden. Dort – in der parlamentarischen und öffentlichen Diskussion – sollen sich die Verbände engagieren. Dass sie das können, zeigt sich an ihrer millionenschweren Kampagne gegen unsere Initiative, für die sie auch meine Spendengelder (miss-)brauchen.

Es ist paradox: Diese Korrektur zugunsten des Staates kritisiert die Linke. Sie verlangt beim Finanzplatz lauthals nach mehr Staat und misstraut ihm beim Umweltschutz. Der Grund ist, dass es den Gegnern

der Initiative weniger um die Sache als um Macht geht. Die Macht, ein Verfahren zu verzögern oder ein Projekt zu verhindern. Diese Machtbalanc bekämpft die Initiative. Unsere Partei setzt sich für einen schlanken und bürgernahen Staat ein, wozu klare Bestimmungen auch bei der Planung und rasche Verfahren im Baurecht gehören. Geschaffen wird so Rechtssicherheit, ein urteilsinniges Ziel.

Die klarere Rollenverteilung hat mittelfristig auch Vorteile für die Verbände. Als Umweltlobbyisten im demokratischen Verfahren können sie ihren Einfluss bei der Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltthemen stärken. Mit der Verlagerung des Beschwerderechts auf den demokratischen Prozess wird auch sichergestellt, dass Investoren nicht zu Kompensationszahlungen an Verbände genötigt werden, was verboten ist und dem Ruf der Verbände und damit dem Umweltschutz schaden würde.

Trotz Anpassungen des Verbandsbeschwerderechts können jahrelange Verzögerungen von Investitionsprojekten weiterhin nicht verhindert werden. Investitionen in der Höhe mehrerer Hun-

dert Millionen, auch für die Gewinnung von umweltschonendem und billigem Strom aus Wasserkraft, bleiben blockiert. Angesichts des drastischen Wirtschaftsabschwungs und der düsteren Aussichten können wir uns jahrelange Rechtsunsicherheit und teure Verfahren nicht mehr leisten. Die CVP-Bundesrätin will gegen den Abschwung Investitionsprojekte des Staates vorziehen. Einfacher die FDP: Wir wollen bestehende und künftige Projekte, die im demokratischen Prozess legitimiert wurden, rasch umsetzen. Ein Ja zur Initiative ist somit ein Beitrag zur Lösung der seit einigen Wochen wieder wichtigsten Sorge des Bürgers – der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Arbeitsplätze für die nächste Generation.



JA zur Verbandsbeschwerdeinitiative

Parallelimporte im Einvernehmen mit der EU

In der Wintersession wird das Parlament abschliessend entscheiden, ob inskünftig Parallelimporte patentgeschützter Waren aus dem EU/EWR-Raum zugelassen werden. Die Weichen sind sowohl im Ständerat wie auch im Nationalrat auf eine Öffnung gestellt, entscheidend ist nun aber eine WTO-verträgliche Umsetzung.

**Von Christa Markwalder,
Nationalrätin BE**

In der letzten Patentgesetzrevision im Jahr 2006/2007, bei der es im Wesentlichen um eine Angleichung der schweizerischen Gesetzgebung an die EG-Biotechnologie-Richtlinie ging, hat das Parlament den Systementscheid zur Erschöpfung im Patentrecht herausgelöst, um diese Frage in einer separaten Vorlage zu behandeln.

Entscheidend für diesen Schritt war die sich abzeichnende Belastung des Systementscheids für die Patentgesetzrevision. Die Schweiz sollte als letzter Staat Europas die EG-Biotechnologie-Richtlinie zügig umsetzen, die als wichtigste Neuerung spezielle Regeln zur Patentierung von Gensequenzen statuierte. Bis heute basiert die Frage der Erschöpfung im Patentrecht nicht auf einem politischen Entscheid, sondern auf bundesgerichtlicher Rechtsprechung aus dem Jahr 1995. Damals hat das Bundesgericht im «Kodak-Urteil» entschieden, dass im Patentrecht die nationale Erschöpfung gilt. Was bedeutet das konkret?

Der Inhaber eines Patents hat das exklusive Recht zu bestimmen, wann, wo und zu welchem Preis er sein patentiertes Produkt das erste Mal in Verkehr bringen, d. h. verkaufen, will. Wenn das Produkt vom Patentinhaber oder mit seiner Zustimmung in Verkehr gebracht worden ist, dann ist das Recht zur weiteren Vermarktung verbraucht oder eben erschöpft. Bei der Kontroverse um die Patenterschöpfung geht es um die territoriale Reichweite des Erschöpfungsgrundsatzes: Unterschieden wird zwischen nationaler, regionaler (EU und EWR) und inter-



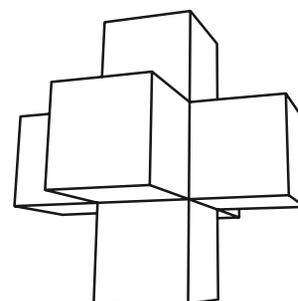
Christa Markwalder

nationaler Erschöpfung. Der Bundesrat hat dem Parlament beim Systementscheid einen Vorschlag mit einer Mischung zwischen nationaler und internationaler Erschöpfung vorgelegt: Danach sollte die nationale Erschöpfung als Grundsatz im Patentgesetz festgeschrieben werden. Bei Gütern mit einem patentierten Bestandteil, der für die funktionelle Beschaffenheit des Erzeugnisses von untergeordneter Bedeutung ist, soll die internationale Erschöpfung gelten. Die Beweislast obliegt dem Patentinhaber. Der Bundesrat liess die Möglichkeit der Einführung einer euroregionalen Erschöpfung mehrfach in Gutachten abklären. Diese hätten wir 1992 eingeführt, wäre die Schweiz damals dem EWR beigetreten. Eine einseitige euroregionale Erschöpfung, wie dies die

Mehrheit des Ständerats in der Herbstsession beschloss, ist jedoch aus WTO-rechtlicher Sicht problematisch. So steht im vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Gutachten: «Die einseitige Einführung der regionalen Erschöpfung ist damit mit aussenhandelspolitischen Risiken verbunden und könnte die Schweiz in Streitbeilegungsverfahren vor der WTO mit möglichen Retorsionsmassnahmen verwickeln.»

Aus diesem Grund forderte ich in einem Eventualantrag, auf die Festschreibung eines Erschöpfungsregimes im Patentgesetz zu verzichten und stattdessen mit der EU Verhandlungen aufzunehmen über eine gegenseitige Einführung der euroregionalen Erschöpfung im Patentrecht. Sofort wurde der Beschluss des Nationalrats als Verzögerungs- und Vernebelungstaktik disqualifiziert. Dabei wurde von den Kritikern grosszügig übersehen, dass die Schweiz im Bereich Patenterschöpfung bisher noch nie mit der EU verhandelt hat, weil dem Bundesrat der politische Wille fehlte und das Parlament nie einen entsprechenden Auftrag erteilt hat. Wer mit möglichen Gegenforderungen der EU an die Adresse der Schweiz argumentiert, verkennt zudem, dass die Schweiz nach dieser Logik keinerlei bilaterale Verhandlungen mit der EU je hätte führen können. Schliesslich steht es dem Parlament immer noch frei, nach erfolglosen oder (zu) langwierigen Verhandlungen eine autonome Lösung zu beschliessen. Der Beschluss des Ständerats und seiner vorberatenden Kommission ist in zweifacher Hinsicht ein zusammengeschustertes Flickwerk: Zum einen nimmt er in Kauf, dass sich die

Schweiz mit einer einseitigen Einführung der euroregionalen Erschöpfung aussenhandelspolitischen Risiken aussetzt. In der gegenwärtigen Situation mit wiederholten Anwürfen des deutschen Finanzministers ist es sicher nicht ratsam, eine neue internationale Angriffsfläche zu öffnen. Zum anderen will der Ständerat patentierte Produkte mit administrierten Preisen von der regionalen Erschöpfung ausnehmen – konkret eine Ausnahme für Arzneimittel schaffen. Das sind just jene Güter mit Patentschutz, bei denen Konsumenten von tieferen Preisen im Fall der Zulassung von Parallelimporten profitieren könnten. Der Nationalrat tut also gut daran, an seinem Beschluss festzuhalten und den Ständerat zu überzeugen, dass eine gegenseitige Einführung der euroregionalen Erschöpfung rechtlich korrekter ist und wirtschaftlich dieselben Effekte ausweist. Das Parlament muss nur den Druck auf den Bundesrat aufrechterhalten, damit endlich auch im Patentrecht Verhandlungen mit der EU aufgenommen werden.



Kanton Luzern

Ein Kämpfer tritt ab

Nach fast neun Jahren als Geschäftsführer der FDP Luzern steht Othmar Wüest vor einem Tapetenwechsel.



Othmar Wüest

Nach fast neun Jahren auf dem Parteisekretariat der FDP Luzern ist für Othmar Wüest Zügeln angesagt. Im Januar 2009 wird er Kommunikationsleiter der Trisa AG in Triengen sowie persönlicher Mitarbeiter des Luzerner Regierungsrates Marcel Schwerzmann. Die FDP Schweiz wird den unermüdlichen Kämpfer für die liberale Sache vermissen. Mit Sicherheit wird Othmar Wüest auch seine neuen Tätigkeiten mit demselben Engagement in Angriff nehmen und der liberalen Sache verpflichtet bleiben. Wir wünschen ihm alles Gute!

Kanton Basel-Stadt

FDP gegen Privatisierung der Kantonalbank

Die Basler Freisinnigen sind gegen den parlamentarischen Vorstoss zur Privatisierung der Basler Kantonalbank.

Die Basler FDP sieht keinen Anlass, dem SVP-Vorstoss zur Privatisierung der Kantonalbank zu folgen. Das Beispiel der UBS hat für die Basler Freisinnigen gezeigt, dass faktisch auch eine Grossbank mit einer Staatsgarantie lebt. Deshalb lehnen es die Freisinnigen ab, die Staatsgarantie der Kantonalbank anzutasten. Auch aus dem Grund, weil als Preis für die Staatsgarantie die Kantonalbank jährlich 100 Millionen Franken an den Kanton Basel-Stadt abliefern. Als Privatinstitut würde die Kantonalbank künftig 15 Millionen Franken Bundessteuern bezahlen und der Kanton Basel-Stadt würde leer ausgehen.



Basler Kantonalbank

Bild: Keystone

Kanton Appenzell Ausserrhoden

Die FDP am Herbstmarkt in Herisau

Die FDP markierte am Herisauer Herbstmarkt Präsenz.

Am FDP-Stand am Herisauer Herbstmarkt wurden die Besucherinnen und Besucher kompetent empfangen. Das war auch nicht verwunderlich, denn auch eidgenössische Parlamentarier und Regierungsräte liessen es sich nicht nehmen, mit den Besuchern des Herbstmarkts das Gespräch zu suchen. Bei einem FDP-Quiz gab es sogar einen Alpenrundflug zu gewinnen. Mit einer riesigen Tafel setzte die FDP zudem ein Zeichen für ihren Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Die Besucher jeglicher politischer Gesinnung schrieben auf der Tafel ihre Genesungswünsche nieder.



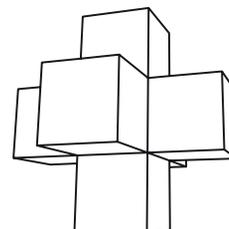
Genesungswünsche im Grossformat.

Kanton Zürich

FDP gegen ÖV-Förderung am falschen Ort

Der VCS möchte eine Tramverlängerung von der Endstation Zoo bis zum Zooeingang, obwohl das weder der Zoo noch die Zürcher Verkehrsbetriebe wollen.

27 Millionen Franken möchte der VCS für eine Tramverlängerung ausgeben, für welche gar keine Nachfrage besteht. Die Zürcher Freisinnigen sind überzeugt, dass wegen zusätzlichen 300 Metern Tramfahrt niemand aufs Auto für den Zoobesuch verzichten würde. Deshalb fordert die FDP, dass das Geld für den ÖV am richtigen Ort eingesetzt wird und keine Steuergelder für ideologisch motivierte VCS-Projekte verschleudert werden. Als nachhaltige Lösung schwebt der FDP eine Zooseilbahn von Stettbach zum Zoo vor.



Über 200 Unterschriften erfolgreich gesammelt

Die für die Stellung von Delegierten für die Wahl in die Kassenkommission der Publica nötigen 200 Unterschriften konnten fristgerecht eingegeben werden.

Von Beat Schlatter

In unserer Reihe der Vorstellung der Vorstandsmitglieder stellen wir Ihnen heute Kurt Hess vor. Kurt Hess ist Beisitzer im Vorstand.

Name	Kurt Hess
Beruf	Generalsekretär Schweizer Musikrat
E-Mail	kurt.hess@musikrat.ch
Geburtsdatum	29.3.1959
Wohnort	Bern, im schönen Kirchenfeld
Sprachen	Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch und etwas Spanisch
Hobbys	Musik, auch wenn sie jetzt mein Beruf ist

Lebenslauf

Geboren und aufgewachsen in Burgdorf. Studium als Sekundarlehrer phil.-hist., anschliessend Unterricht an einer bernischen Landsekundarschule. 1987/88 Weiterstudium am IDHEAP in Lausanne mit Diplomabschluss, dann Eintritt in den Informatikdienst der Schweiz. Bundeskanzlei. Weiterbildungen und Abschlüsse als eidg. diplomierter Wirtschaftsinformatiker und Organisator. Ende 1999 Wahl zum Leiter Informatik und Integrationsmanager des Eidg. Finanzdepartements, mit der Zusatzfunktion Umsetzungsverantwortlicher EFD für das grosse IKT-Umbau-Programm NOVE IT. Co-Preisträger mit BAKOM und BIT des ersten Spezialpreises Schweiz des Deutschen eGovernment-Preises. Seit Juli 2008 Generalsekretär des Schweizer Musikrats, der Dachorganisation des Schweizer Musiklebens mit ca. 60 angeschlossenen Verbänden und insgesamt einer halben Million Mitgliedern. Präsident des Amateur-Sinfonie-Orchesters «Berner Musikkollegium BMK».



Warum ich freisinnig bin

Ich bin freisinnig, weil es «feinsinnig» nicht ausschliesst.

Veranstaltungskalender 2008

Vorschau 2009

4. März 2009

Besuch bei der Schweizerischen Nationalbank SNB in Bern. 17 Uhr Eintreffen der Gäste im Konferenzgeschoss der SNB, Amtshausgasse 22. 17.10 Uhr Referat über die SNB. 18 Uhr Besuch des Notenmuseums. 18.30 Uhr Apéro. 19 Uhr ca. Schluss der Veranstaltung

17. März 2009

Fraktionsapéro FDP im Restaurant Äusserer Stand. Treffpunkt: www.aeussererstand.ch. 18.30 Uhr. Referat Bundespersonalgesetz; Referentin Frau Barbara Schaerer, Direktorin EPA (Moderation: Nationalrat Kurt Fluri). Anschliessend Apéro.

Publica

Ende November findet die Wahl der Delegierten für den Einsitz in der Kassenkommission der Publica (Pensionskasse des Bundes) statt.

Um Delegierte stellen zu können, braucht eine Arbeitnehmervvertretung 200 Unterschriften einzureichen. Diese mussten dieses Jahr bis zum 15. Oktober bei der Publica eingereicht werden.

Mit grossem Aufwand, aber auch grossem Erfolg erreichten wir fristgerecht das Soll und konnten sogar mehr als die nötigen 200, ganz genau 215, gültigen Unterschriften einreichen.

Ebenso konnten wir fünf Personen gewinnen, welche sich zur Wahl in die Kassenkommission zur Verfügung stellen.

Das weitere Vorgehen ist nun, dass am 28. November 2008 die Wahl der Delegierten stattfindet.

Wir werden nun Wahlempfehlungen erstellen und diese unseren Mitgliedern und interessierten Kreisen elektronisch zukommen lassen.

Und unsere Mitglieder bitten wir, bei Kollegen für unsere Delegierten kräftig die Werbetrommel zu rühren und diese zur Wahl zu empfehlen.

Wir hoffen nun, dass die FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst Abgeordnete in die Kassenkommission der Publica delegieren kann.

Delegiertenversammlung FDP

Unser Ziel war es, im Zuge der Statutenrevision der FDP im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss mit der Liberalen Partei so anerkannt zu werden, dass wir den Status einer Kantonalpartei erhalten.

Zwei entsprechende Anträge zuhanden der Delegiertenversammlung haben wir fristgerecht einge-

reicht. Die Partei schlug der Delegiertenversammlung beide Anträge zur Ablehnung vor.

Beide eingereichten Anträge wurden an der Präsidentenkonferenz vom Freitag, 24. Oktober 2008, von Marcel Paolino und Beat Schlatter noch einmal angesprochen und den anwesenden Präsidenten zur Annahme empfohlen.

Am Samstag, 25. Oktober 2008, musste dann die Delegiertenversammlung darüber abstimmen. Leider ist weder der Antrag zur Erhebung der FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst in den Status einer Kantonalpartei noch der Folgeantrag («bei Ablehnung von Antrag 1 stellt die VöD den Antrag, den Status einer nahestehenden Organisation [wie FDP-Frauen, FDP International und jungfreisinnige] zu erhalten») bei den Delegierten durchgekommen.

Wir haben eine deutliche Niederlage eingefahren. Diese ist für uns der Ansporn und die Motivation, jetzt erst recht weiterzumachen. Wir interpretieren das Resultat in der Richtung, dass der Bekanntheitsgrad der FDP Vereinigung Öffentlicher Dienst noch viel zu tief ist. Hier gilt es in Zukunft den Hebel anzusetzen; wir werden also sehr viel Kraft und Zeit in die eigene Werbung stecken müssen. Ganz besonders wichtig ist die Propaganda unserer Mitglieder in ihrem beruflichen Umfeld.

Unser Ziel ist und bleibt, für die «FDP. Die Liberalen.» ein starker und unverzichtbarer Partner in der Bundesverwaltung zu werden.

Fachtagung der FDP Schweiz

Damit der Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz stärker wird

Der schweizerische Bildungs- und Forschungsplatz gerät immer stärker unter Druck, und die Wissensnation Schweiz droht langsam, aber sicher ihren Spitzenplatz zu verlieren. Gemeinsam mit Experten aus dem Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich diskutierten Bildungspolitiker der FDP/Liberalen anlässlich einer Fachtagung neue Wege und Ideen, wie der Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz gestärkt und erfolgreich in die Zukunft geführt werden kann.



Alexandra Thalhammer

Von Alexandra Thalhammer, Politische Sekretärin FDP Schweiz

Der Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz ist national wie international für seine hohe Qualität und seine exzellenten Arbeiten bekannt. Doch droht die Wissensnation Schweiz, trotz internationaler Exzellenz, ihren Spitzenplatz zu verlieren. In den letzten Jahren hat der Wettbewerb unter den Hochschulen massiv zugenommen, und der Forschungsplatz sieht sich immer mehr einer starken Konkurrenz aus dem Ausland ausgesetzt. Will die Schweiz ihre Spitzenposition im Bereich der Bildung und Forschung behalten, stärken und gar weiter ausbauen, sind neben weiteren Investitionen vor allem auch Anpassungen struktureller Art sowie der Strategie nötig.

Gemeinsam mit der Liberalen Partei setzt sich die FDP seit Jahren für ein qualitativ hochwertiges und exzellentes Bildungssystem sowie optimale Rahmenbedingungen für die Forschung ein. Es muss sichergestellt werden, dass der Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz (auch) in Zukunft international eine Spitzenposition einnimmt. Am 1. November trafen sich deshalb rund vierzig freisinnig-liberale Bildungspolitiker mit Experten aus dem Bildungs- und Forschungsbereich zu einer Fachtagung, um über die Zukunft des Bildungs- und Forschungsplatzes Schweiz zu diskutieren. Als Tagungsort wurde der Novartis Campus in Basel ausgewählt – Sinnbild für eine erfolgreiche Bildungs- und Forschungspolitik.

Ziel der Fachtagung der FDP Schweiz, die unter der Leitung von NR Ruedi Noser stand, war die Schaffung von Grundlagen zur Erarbeitung von freisinnig-liberalen Positionen in den vier Themenbereichen Hochschulfinanzierung, Hochschulautonomie, Stipendien und Ausbildungsdarlehen sowie Public-Private Partnership zwischen Hochschulen und der Privatwirtschaft.

Für die Veranstaltung konnten hochkarätige Referenten gewonnen werden, so referierte der Staatssekretär für Bildung und Forschung, Mauro Dell'Amrogio, über Möglichkeiten, die Hochschulfinanzierung zu vereinfachen und effizienter zu gestalten, sowie der Präsident der



Gastgeber der Fachtagung: Campus Novartis Schweiz.

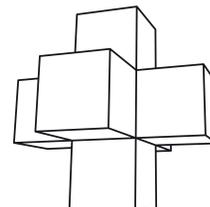
Rektorenkonferenz der Schweizerischen Universitäten, Antonio Loprieno, über die Bedeutung der Autonomie für Hochschulen. Rudolf Walser, Senior Consultant bei Avenir Suisse, erläuterte den Anwesenden ausserdem noch einmal das Konzept des Arbeitskreises Wirtschaft aus dem Jahre 2004 mit einem Vorschlag, wie Universitäten mittels höherer Studiengebühren bei einem gleichzeitig stark ausgebauten Stipendien- und Darlehenssystem alternativ finanziert werden könnten.

Die drei oben genannten Themenbereiche wurden gemeinsam mit den Experten in Arbeitsgruppen diskutiert. Dabei kam man zum Schluss, dass die Autonomie der Hochschulen allgemein gestärkt werden müsse. Mit Blick auf die Finanzierung wurde festgehalten, dass das derzeitige System seinen Zweck zwar erfüllt, jedoch durchaus

Optimierungspotenzial vorhanden sei. Mehr zu reden gaben der Anteil der Ausbildungskosten, der von den Studierenden selbst getragen werden sollte, sowie die Vergabe von Studiendarlehen statt Stipendien. Den Abschluss der Fachtagung bildete ein Podium zwischen Peter Chen, Vizepräsident für Forschung und Wirtschaftsbeziehungen der ETH Zürich, und dem Leiter von Novartis Schweiz, Michael Plüss, zu Public-Private Partnership zwischen Hochschulen und Privatunternehmungen. Die Arbeiten der FDP/Liberalen zur Hochschul- und Forschungspolitik werden in Zusammenarbeit mit freisinnig-liberalen Experten fortgesetzt. Die Fachtagung zur Zukunft des Bildungs- und Forschungsplatzes Schweiz ist ein erster Schritt in der Ausarbeitung einer nationalen Strategie zur Stärkung des Innovationsplatzes Schweiz.

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136, Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



besser informiert
www.fraueninfo.ch



Fraueninfo.ch

Personenfreizügigkeit: Der Entscheid

Im Februar 2009 entscheidet das Schweizervolk über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Vieles hängt von diesem Entscheid ab.

Es spricht Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf
Vertreterinnen und Vertreten diskutieren Pro und Kontra
Anschliessend Apéro riche

Ort: Marriott Hotel, Zürich

Datum und Zeit: Montag, 12. Januar 2009, 18.15 Uhr (Türöffnung 17.45)

Preis: CHF 50.-, bezahlbar vor Ort

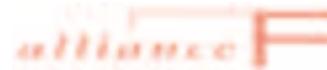
Anmeldung: Online bei www.fraueninfo.ch
Auch Männer sind herzlich eingeladen!

Auskünfte: F. Frey-Wettstein, 044 383 15 44

In Zusammenarbeit mit:



SKF
Schweizerischer Katholischer Frauenbund
Ligue suisse de femmes catholiques
Unione svizzera delle donne cattoliche
Union svizra da las dunnas catolicas



Fraueninfo
www.fraueninfo.ch

Für industrielle Topinnovationen braucht es eine stolze, leistungsfähige Rüstungsindustrie!

Nie zuvor in der neueren Geschichte war die Welt derart im Umbruch: Globalisierung, Migration, Finanzskandale mit Übergriffen auf die Realwirtschaft, Klimaerwärmung und anderes mehr lösen Ängste aus. Vor allem auch die Angst um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes.

Von **Johann N. Schneider-Ammann**

Was hat dies mit unserer Sicherheitspolitik zu tun? Dies kann man sich zu Recht fragen. Sehr viel, auch wenn man sich dessen nur sehr wenig bewusst ist. Die Aufgaben der Armee erzeugen auch Arbeit, schaffen also Arbeitsplätze. Dabei sollen insbesondere zwei Aspekte beleuchtet werden.

Im Vordergrund steht der ganz direkte Zusammenhang der Militärausgaben mit den Arbeitsplätzen in unserem Land, vor allem mit jenen im Umfeld der schweizerischen Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie. Es geht um mindestens 15 000 Arbeitsplätze und zusätzlich um eine mindestens vergleichbare Zahl bei den Zulieferfirmen. Teile dieser Arbeitsplätze sind kurzfristig gefährdet, wenn die spezialisierten Firmen nicht zeitgerecht mit Anschlussaufträgen aus dem In- und notabene auch aus dem Ausland rechnen können. Müssen aus Gründen politischer Verzögerung und damit fehlender Auslastung Kapazitäten abgebaut werden, so geht wertvolles Know-how verloren, und die betroffenen Firmen werden zu einem weiteren Schritt in Richtung Verlust der Konkurrenzfähigkeit gezwungen.

Etwas längerfristig betrachtet – aber immer noch in ganz direktem Zusammenhang mit den Entscheidungen zum Rüstungsprogramm – streiche ich heraus, dass Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie in aller Regel überdurchschnittlich qualifiziert sind. Die Aktivitäten der Rüstungsindustrie führen zu Innovationen und damit zu State-of-the-Art-Technologiekompetenzen, die

sich in der Folge auf zivile Güter und Produkte übertragen lassen. Geht es dann um diese Innovationen und Kompetenzen, wollen alle wieder dabei sein, denn man ist ja stolz auf die Fähigkeiten der eigenen Industrie. Nur muss man wissen, dass man in unserer Industrie nicht ungestraft eine entscheidende und qualitativ hochstehende Grundlage wegbrechen kann. Die Pyramide einer erstrangig qualifizierten Industrienation wird von unten nach oben unterbrochungslos aufgebaut. Als Grundlage für eine topinnovative Industrie benötigen wir eine stolze, leistungsfähige Rüstungsindustrie!

Noch eine zweite Bemerkung in unmittelbarem Zusammenhang mit Sicherheit, Sicherheitspolitik und Arbeitsplätzen: Die Schweiz wird im Ausland wahrgenommen als politisch stabil, als leistungswillig und leistungsfähig, verlässlich, offen oder überdurchschnittlich befähigt. Es kommt nicht von ungefähr, dass wir zu den wettbewerbsfähigsten Ländern überhaupt gehören. Umso mehr verlieren wir jedes Mal, wenn wir uns eine weit herum sichtbare Blöße geben, einen Teil unseres Ansehens und schaden damit unserer Glaubwürdigkeit. Viele freut dies, vor allem die internationalen Konkurrenten – nicht so die schweizerischen Arbeitnehmer.

Hier, in diesem Land, wird Unternehmertum dann gefördert, wenn die Rahmenbedingungen einladend sind. Hier, in diesem Land, wird investiert, wenn der Standort als geeigneter gilt als internationale Alternativen. Sicherheit und Stabilität sind erstrangige Voraussetzungen für Vollbeschäftigung,

RUAG Aerospace in Emmen: Arbeiten am F/A-18



Die F/A-18-Flotte der Luftwaffe ist das Rückgrat der Schweizer Luftverteidigung. Das Gesamtsystem F/A-18 soll für die zweite Hälfte seiner vorgesehenen rund 30-jährigen Nutzungsdauer vorbereitet und an die rasche technologische Entwicklung der Systeme für Luftpolizei- und Luftverteidigungseinsätze angepasst werden. Ein solches «mid-life upgrade» ist bei Kampfflugzeugen üblich und wurde von VBS und Luftwaffe für den F/A-18 auch vorausgesehen.

Wachstum und soziale Wohlfahrt. Und all dies setzt eine breiteste getragene, klar definierte Sicherheitspolitik und zu deren Sicherstellung auch eine hoch befähigte Armee voraus.

Statt zu kritisieren und auf dem Buckel der Armeeangehörigen und der rüstungsabhängigen Arbeits-

plätze einen Personalstellvertreterkrieg zu führen, sind alle, von links bis rechts, zur Vernunft und Kräftebündelung aufgerufen. Es ist jetzt die Zeit dazu, denn das Umfeld wird schwieriger, und wir müssen weiterhin jeder und jedem in diesem Land die Chance auf einen Arbeitsplatz offenhalten.

Strommarktregulierung auf dem Prüfstand

Ab nächstem Jahr setzt sich der Strompreis aus drei Teilen zusammen: dem Preis für das Produkt Strom, dem Tarif für die Netznutzung sowie aus öffentlichen Abgaben. Grund ist die europaweite Öffnung der Strommärkte. In der Schweiz gelingt diese regulatorische Neuausrichtung – vom Monopol zu einem wettbewerbsorientierten Markt – erst im zweiten Anlauf mit dem Stromversorgungsgesetz (StromVG).

Von Ständerat Pankraz Freitag,
FDP GL



Nach dem politischen Scheitern des früheren EMG konnte nur ein austarierter Kompromiss Chancen auf Erfolg haben.

Bevor nun das StromVG und die dazugehörige Verordnung StromVV vollumfänglich in Kraft treten können, stehen bereits Korrekturen im Raum. Hintergrund: Die von den Stromversorgern angekündigten Preiserhöhungen haben in Öffentlichkeit und Politik teilweise heftigen Widerstand ausgelöst. Ist diese Kritik aus liberaler Sicht gerechtfertigt?

Ein Blick auf den europäischen «Strompreis-Atlas» zeigt erhebliche Unterschiede gegenüber unseren Nachbarn. Die Schweiz bleibt gegenüber Deutschland und Italien inklusive der angesagten Preiserhöhungen deutlich billiger, während Frankreich dank kostengünstiger Kernenergie nicht zu unterbieten ist.

In der Schweiz wurden im Hinblick auf die Liberalisierung, regional unterschiedlich, seit Jahren Preissenkungen durchgeführt. Teuerungsbereinigt sind die Schweizer Preise heute 24% niedriger als 1995. Umgekehrt haben bereits die Vorbereitungen auf die Liberalisierung Systemwechselkosten in dreistelliger Millionenhöhe verursacht. So muss die Netznutzung auf allen sieben Spannungsebenen – von den Stromautobahnen bis zur Steckdose – berechnet und transparent ausgewiesen werden, um Diskriminierungen beim Netzzu-

gang zu verhindern. Entsprechend der Philosophie des StromVG ist dabei eine ökonomische Balance zwischen den Interessen der Eigentümer bezüglich des Unterhaltes und der Erneuerung der Netze sowie der Kunden hinsichtlich wettbewerbsfähiger Strompreise zu finden.

Das Bestimmen der richtigen kalkulatorischen bzw. betriebswirtschaftlichen Parameter ist alles andere als einfach und gegenwärtig das erste Hauptelement des politischen Disputs rund um die angekündigten Preiserhöhungen. Konkret geht es um die Thematik der Netzbewertung und ihre Umsetzung in Kosten für die Netzdurchleitung. Also um die Frage der Zulässigkeit gewisser Aufwertungen.

Das zweite Hauptelement sind die sog. Systemdienstleistungen, welche für den stabilen Betrieb des Netzes notwendig sind und damit der Versorgungssicherheit dienen. Es sind dies Energiereserven, die für die Verbrauchsschwankungen oder allfällige Kraftwerksausfälle bereitgehalten werden müssen. Gegenüber der bisherigen Monopolsituation sind die diesbezüglichen Anforderungen im internationalen Stromverbund in den letzten Jahren stark gestiegen. Diese Reserve- bzw. Vorhaltekosten sind system- und marktbedingt teurer als bisher. Dafür gibt es drei Gründe: 1. Die Reservehaltung ist jetzt verbindliche und überprüfbare Pflicht. 2. Man kann keine Reserven im Ausland mehr geltend machen. 3. Reservehaltung war in einer Zeit des Überangebotes billiger als jetzt, wo die Kapazitäten immer knapper werden.

Verantwortlich für die Sicherstellung des Interessenausgleichs zwischen Netzbetreibern und den verschiedenen Kundengruppen (Produzenten, Händler, EVU und Endkunden) ist der im StromVG installierte Regulator, die Elektrizitätskommission (ElCom). Sie überprüft auf Klage, aber auch von Amtes wegen die korrekte Anwendung von Gesetz und Verordnung.

Das Kinde nicht mit dem Bade ausschütten

Als Folge der parlamentarischen Sonderdebatten und Vorstösse sowie der Einigungsinitiativen von economiesuisse und Energieminister Leuenberger im Verlaufe des Oktobers 2008 zeichnen sich erste materielle Korrekturen des legislativen Rahmens ab.

- Erstens soll die ElCom personell aufgestockt werden und mehr Zeit für die Überprüfung der Netztarife erhalten.
- Zweitens soll eine rasche Revision der StromVV eingeleitet werden.
- Drittens sind in kritischen Fällen, beispielsweise für stromintensive Unternehmen, Einzellösungen zur Dämpfung der wirtschaftlichen Folgen zu suchen.

Diese Massnahmen sind aus liberaler Sicht grundsätzlich zu unterstützen. Nicht zielführend wären hingegen Änderungen am StromVG. Derartige Forderungen von links und rechts des politischen Spektrums sind überstürzt, würden gegen Treu und Glauben verstossen und vermutlich neue Probleme schaffen. Es geht nun darum, die Wogen durch gezielte Präzisierungen in der Verordnung für eine

Übergangszeit zu glätten, die Markttransparenz zu erhöhen und Erfahrungen zu sammeln. Erst nachher ist über allfällige Gesetzesanpassungen zu entscheiden.

Versorgungssicherheit wichtiger als Preis

Aus der früheren Zeit der «Stromschwemme» ist im Zuge des weiteren Verbrauchsanstiegs bei gleichzeitigem Stillstand des Infrastrukturausbaus eine bedrohliche «Stromlücke» entstanden. Knapper werdende Ressourcen wie Öl und Gas, fehlende Kraftwerks- und Leitungskapazitäten und steigende öffentliche Abgaben werden den Marktgesetzen folgend zu weiteren Energie- und Strompreissteigerungen führen. Die Zeit drängt beim Ersatz der älteren Kernkraftwerke. Dieser Ersatz ist für die zukünftige Versorgung zentral, und auch für ihren Preis. Ferner kann auch der rundherum geforderte Ausbau der Wasserkraft wichtige Beiträge zur Energiebereitstellung liefern. Sobald aber konkrete Projekte vorliegen, werden diese auch wieder kontrovers beurteilt. Dazu kommt die Förderung der weiteren erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Beide können aber in absehbarer Zeit die sich öffnende Stromlücke nicht füllen.

Zum Schluss: Der Strompreis ist und bleibt für die Wirtschaft wichtig, teilweise existenziell. Doch wichtiger als der Preis wird auf längere Sicht die sichere Verfügbarkeit von Strom sein. Deshalb heisst das ursprüngliche Strommarktgesetz heute schliesslich auch Stromversorgungsgesetz.



Zusammenschluss zu einer grossen liberalen Familie

Am 25. Oktober gründeten die zwei ältesten Parteien der Schweiz die jüngste Partei unseres Landes. FDP und Liberale haben vor 160 Jahren unseren Bundesstaat Schweiz gegründet, ein Erfolgsmodell.



Isabelle Moret, Vizepräsidentin FDP Schweiz, erläuterte den Prozess des Zusammenschlusses.



Fulvio Pelli und Pierre Weiss, Parteiprääsidenten – ein Händedruck vor der gemeinsamen Rede.

Über 300 Delegierte sagten am 25. Oktober in Bern Ja zum Zusammenschluss der beiden Parteien FDP Schweiz und Liberale Partei der Schweiz. Am 25. Oktober wurde der politische Entscheid über einen Zusammenschluss gefällt. Im Februar 2009 wird der juristische Entscheid folgen.

Geschichte einer Familienzusammenführung: Freisinnige und Liberale der Schweiz

Die mehr als eineinhalb Jahrhunderte dauernde Trennung der liberalen Familie ist ein einmaliges Ereignis in der Schweizer Politgeschichte. In seiner Studie über die Schweizer Parteien beschreibt Professor Erich Gruner die Phasen der Trennung und Neugliederung der grossen freisinnigen Familie.

Die liberale Familie will als Bewegung, die eine globale Wertvorstellung vertritt, verstanden werden. Sie umfasst somit Politik und Wirtschaft, Kultur und Soziales und hat sich nicht in eine einzige Partei mit starrer Disziplin einbinden lassen.

Im Gegenteil: Die liberale Familie hat ihre Verfechter in verschiedensten Gruppierungen von unterschiedlicher Bedeutung gefunden, die gelegentlich sogar miteinander rivalisierten. Der Föderalismus verstärkte noch zusätzlich diese Besonderheit der Schweizer Demokratie.

So teilte sich die liberale Familie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in zwei hauptsächliche Strömungen: die Liberalen und die Radikalen bzw. Freisinnigen. Zu erwähnen ist auch die demokratische Bewegung, die zur Ausweitung der Volksrechte beitrug (Initiative und Referendum, Proporzvertretung usw.).

Die Trennung ist in den reformierten Kantonen der Westschweiz deutlich erfolgt. Weniger klar war die Trennung – mit seltenen Ausnahmen (Basel, Bern) – in der Deutschschweiz; in den katholischen Kantonen fand die Aufteilung kaum statt.

In Genf, Waadt und Neuenburg war der Unterschied markant: Es gab zwei liberale Kulturen, die sich je nach Epoche mehr oder weniger konkurrenzten.

In Freiburg, im Jura und im Valais wurden die Unterschiede zwischen Liberalen und Radikalen eher durch regionale oder familiäre Traditionen bestimmt. Angesichts der Übermacht des konfessionell verankerten Konservatismus fanden sich die «freiheitlich gesinnten Männer» unter der Flagge liberal-radikal zusammen.

Im Tessin standen sich die beiden Strömungen gegenüber, ohne jemals alle Verbindungen abubrechen; sie fanden sich bald wieder, um dem Aufstieg gemeinsamer Gegner zur Linken und zur Rechten zu begegnen.

In der Deutschschweiz führte 1894 die Gründung der Freisinnig-Demokratischen Partei die Mehrheit der zerstreuten Elemente der liberalen Familie zusammen: Liberale, Radikale und Demokraten.

Während mehr als einem Jahrhundert wanderten so die Erben des Liberalismus Seite an Seite und arbeiteten vor allem in Krisenzeiten eng zusammen. Trotzdem: Gemeinsam gestalteten sie die Schweiz. Rechtsstaat, Institutionen

und Grundrechte, Folgen tiefgreifender Reformen 1848 und 1876, wurden z.B. durch effiziente Sozialwerke weiterentwickelt und gehören heute zum gemeinsamen Erbe unserer Demokratie.

Die Zeiten ändern sich. Für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts muss die liberale Familie, gestützt auf ihre Werte, Antworten entwickeln. Die Vereinigung von Liberalen und Freisinnigen in einer gemeinsamen nationalen Partei wird dazu das zentrale Instrument sein – zum Wohle einer liberalen Schweiz in Bewegung.

Zukunft: eine liberale Herausforderung

Seit 2003 arbeiteten die Parteien auf das historische Ereignis vom 25. Oktober 2008 hin. Die Schaffung der neuen Partei ist somit das Ergebnis einer weitsichtigen Strategie und deren beharrlicher Umsetzung. Die Neugründung wurde so die logische Folge einer natürlichen Entwicklung.

Die Geschichte der liberalen Familie zeigt, dass es in unserem Land

möglich ist, eine liberale Dynamik im weitesten Sinne des Wortes zu entwickeln. Darauf wurde am 25. Oktober 2008 aufgebaut: Während sich andere Parteien spalten, wagten die Liberalen und Freisinnigen die Gründung einer neuen, gemeinsamen Partei. Mit diesem kühnen Entschluss soll künftig die Bundespolitik gemeinsam gestaltet werden. Denn Politik spielt sich heute nicht mehr nur in den Kantonen, sondern weitgehend in Bern ab.

Heute müssen Botschaften und Forderungen nationale Tragweite

aufweisen, um gehört, verstanden und unterstützt zu werden. Dies bezweckt die Gründung der neuen Partei. Sie soll einen soliden liberalen Pol für die Schweiz schaffen. Dieser Pol ist für unser zwischen konservativen Populisten von Links und Rechts hin- und hergerissenes Land bitter nötig.

Die neue Partei will die öffentliche Diskussion beleben und ihr den Stempel aufdrücken. Dank politischen Erfolgen soll liberalen Ideen und Persönlichkeiten ein bestimmender Platz in der politischen

Auseinandersetzung gesichert werden.

Die Generation von morgen wird den sich stellenden Herausforderungen nur mit Liberalismus begegnen können. Zu diesen Herausforderungen gehören: Schaffung guter Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze, exzellente Bildung, nationaler Zusammenhalt und sichere Sozialwerke, ein schlanker und bürgernahe Staat, Umwelt und Energie sowie die Sicherheit. Als positive Kraft der Schweiz wird die Partei auf liberalen Werten basierende

Lösungen vorschlagen, die durch Vernunft, Freiheit und Eigenverantwortung geprägt sind und den Staat auf seine wichtige Regulierungsfunktion fokussieren.

Parteistrukturen verändern sich. Parteien entwickeln sich. Ihre Werte hingegen bleiben erhalten und werden gerade in turbulenten Zeiten zum wichtigen Kompass. Diese Erfahrung erlaubte den Gründern der neuen Partei, mit Optimismus und Pragmatismus die neue positive Kraft der Schweiz aus der Taufe zu heben: Die FDP. Die Liberalen.

Impressionen von der Delegiertenversammlung



Ein klares Ja zum Zusammenschluss seitens der Delegierten.



Fulvio Pelli und Pierre Weiss öffnen gemeinsam eine Flasche Champagner...



... die jüngste Partei der Schweiz will ja schliesslich getauft werden!



Christian Weber, welcher an der Delegiertenversammlung als Pressechef verabschiedet wurde, im «Pausengespräch» mit Fulvio Pelli.



Leisteten Top-Arbeit für die Organisation der Delegiertenversammlung: die «Berner Frauen» Béatrice Giesbrecht und Silvia Greninger.



Fusionieren macht Hunger – keiner zu klein, ein Liberaler zu sein...

Fotos: Eliane Gnägi

BH-Aktion auf dem Bundesplatz

Starkes Zeichen für die Brustkrebs-Früherkennung



Weit mehr als 1500 BHs.



Das Bundeshaus aus einer andern Perspektive.

Von Claudine Esseiva

Täglich erhalten 13 Frauen die Diagnose Brustkrebs. Alle sechs Stunden stirbt in der Schweiz eine Frau an Brustkrebs. Brustkrebs ist gemäss Krebsliga die häufigste Krebstodesursache bei Frauen. Diese Fakten widerspiegeln eine harte Realität und zeigen auf, dass dieses Thema uns alle etwas angeht. Die Forderung der Organisatorinnen der BH-Aktion, Donatella Corbat und Eva Aeschmann, ist klar: ein flächendeckendes Angebot an Früherkennungsprogrammen. Das effizienteste Mittel gegen den Brustkrebs ist die Früherkennung durch Mammografie-Screening.

Der Monat Oktober stand ganz im Zeichen der Brustkrebsbekämpfung. In der ganzen Schweiz wurden verschiedene Aktionen organisiert, wie beispielsweise der Pink Ribbon Charity Walk für Frauen, der am 12. Oktober in Zürich stattfand. Mit diesem Lauf wurde auf die Wichtigkeit der Früherkennung von Brustkrebs aufmerksam gemacht und allen Frauen, die von Brustkrebs betroffen sind, Unterstützung und Solidarität gezeigt. Diese Aktion

wurde von vielen prominenten Frauen wie Beatrice Tschanz und Vreni Schneider unterstützt.

Eine weitere Kampagne, die für viel Aufsehen sorgte, war die BH-Aktion auf dem Bundesplatz am 20. Oktober. Direkt vor dem Bundeshaus hingen 1500 BHs an einer Wäscheleine – ein auf den ersten Blick amüsantes Bild. Die Organisatorinnen Donatella Corbat und Eva Aeschmann wollten jedoch nicht einfach die Leute zum Schmunzeln bringen, sondern zum Nachdenken. Die 1500 BHs hingen symbolisch für all die Frauen, die letztes Jahr an Brustkrebs gestorben sind. Die Organisatorinnen waren überwältigt vom Erfolg: Insgesamt wurden 18648 BHs eingeschickt, weitaus mehr als die angestrebten 1500.

Die Forderung ist klar: Gesamtschweizerisch sollen Brustkrebsfrüherkennungs-Programme und die entsprechenden Qualitätsstandards eingeführt werden. Die Erfolge der Früherkennung sprechen für sich. Dank der Mammografie-Vorsorge und der Brustkrebsbehandlung sterben heute viel weniger Frauen an Brustkrebs als früher. Trotzdem liegt

die Sterblichkeitsrate immer noch bei über 25 Prozent. Dank systematischer Brustkrebs-Früherkennung mittels verschiedener Methoden könnten weitere 10 Prozent der betroffenen Frauen gerettet werden. Diese 10 Prozent geben nicht nur aus moralischer Sicht einen Grund, sich hierfür einzusetzen. Auch aus ökonomischer Sicht lohnt es sich: So müssten weniger teure und langwierige Krebsbehandlungen finanziert werden.

In den Deutschschweizer Kantonen ist mit Ausnahme von St. Gallen und Bern für Frauen zwischen 50 und 70 Jahren der Zugang zur Voruntersuchung – dem sogenannten Mammografie-Screening – **nicht** gewährleistet. In der Westschweiz wurden diese Voruntersuchungen bereits vor längerer Zeit erfolgreich eingeführt, jetzt sollen die restlichen Deutschschweizer Kantone nachziehen.

www.bh-aktion.ch



Donatella Corbat und Eva Aeschmann.

Fünf Fragen an:

Alexandra Thalhammer

Politische Sekretärin FDP Schweiz für Bildung, Forschung und Innovation, in glücklicher Partnerschaft

1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Bis Mitte zwanzig konnte ich mich kaum für Politik begeistern. Ausschlaggebend für mein plötzliches Interesse und Engagement war schliesslich die historische Bundesratswahl vom 6. Dezember 2003, mit der Wahl von Christoph Blocher und der Abwahl von Ruth Metzler. Anstatt auf dem Bundesplatz lautstark gegen die schlechte Frauenpräsenz in der Regierung zu protestieren, habe ich mich dazu entschlossen, selbst politisch aktiv zu werden. Mehr Frauenpräsenz in der Politik kann meiner Meinung nach nur erreicht werden, wenn Frauen auch bereit sind, sich zu engagieren, sich bei Wahlen zur Verfügung zu stellen, und auch bereit

sind, ein politisches Amt zu übernehmen.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Ein Bekannter aus Deutschland hat hierzu einmal bemerkt, dass in der Schweiz alles so funktioniert, wie man sich das idealerweise vorstellt. Und damit hat er völlig recht. Wenn man einmal die Gelegenheit hatte, die Schweiz vom Ausland her zu betrachten, dann wird einem plötzlich bewusst, wie glatt und reibungslos bei uns doch alles läuft. Diese Organisation, dieses Funktionieren, das schätze ich sehr an der Schweiz. Aber eigentlich noch etwas wichtiger für mich sind die politischen Rechte, die wir als Schweizer Bürgerinnen und Bürger besitzen. Vom Zonenplan bis zum Atomausstieg können wir über alles entscheiden. Dieses Recht, mitzureden und mitzubestimmen, ist ein unglaublich wertvolles Gut für mich.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Sicherlich die Erfahrungen, die ich im Rahmen meiner Kandidatur für die Grossratswahlen 06 sowie die Nationalratswahlen 07 im Kanton Bern machen durfte. In Bezug auf mein eigenes politisches Engagement ist für mich die Leitung des Wahlkampfteams der jungfreisinnigen Stadt- und Gemeinderatswahlen in Bern ein Höhepunkt. Vielleicht lässt sich dieser ja am 30. November mit einem Stadtratsmandat krönen.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Es geht nichts über Selbstvertrauen. Wir Frauen haben oft das Gefühl, nur bei 100% Vorbereitung und jahrelanger Erfahrung kompetent genug zu sein, um etwas präsentieren oder verteidigen oder gar ein politisches Amt übernehmen zu können. Damit mögen wir zwar un-

seren Ansprüchen genügen, werden damit aber nur schwer vom Fleck kommen. Denn es gibt genügend Leute, die sich alles zutrauen, ob sie es können oder nicht. Jungen Frauen in der Politik kann ich daher nur raten, sich einzubringen, auf ihr Können zu vertrauen, Fehler als Chancen zu verstehen und vor allem – Kritik und Niederlagen nicht persönlich zu nehmen.

5. Wenn beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?

Als Historikerin fällt es mir natürlich schwer, mich auf nur eine Epoche und nur einen Ort zu beschränken. Es gäbe viel Interessantes zu entdecken. Sicherlich wäre es aber sehr spannend, den Zusammenbruch des Ancien Régime in Bern mit dem Einmarsch von Napoleon 1798 sowie die Gründung des Bundesstaates einige Jahrzehnte später persönlich mitzuerleben.



Sonderband

Frauen – der Schlüssel für die wirtschaftliche Zukunft

Herausgeber: Hans R. Knobel, Hans Reis

Inhalt

Grusswort von Bundesrätin Doris Leuthard sowie Interviews und Fachbeiträge zur Thematik: Warum sind so wenig Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft?

Interviews mit Unternehmerinnen zu:

- Frauen als Pionierinnen
- Frauen schaffen Wachstum
- Frauen als Nachfolgerinnen
- Frauen als Investorinnen.

Interviews und Expertenbeiträge zu:

- Frauen im Management und Verwaltungsrat
- Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmerinnen
- Warum Frauen erfolgreicher investieren
- Ob Frauen bessere Nachfolger sind
- Zwischen Firma und Familie.

Checklisten, nützliche Kontakte und Adressen.

Eine umfassende Darstellung der relevanten Aspekte dieses wichtigen Themas.

Der Sonderband ist zu beziehen beim «Schweizer Arbeitgeber» unter www.arbeitgeber.ch oder secli@arbeitgeber.ch.

Schön stark – Look Good ... Feel Better

Die Krebsbehandlung hinterlässt ihre Spuren. Mit Kosmetikseminaren hilft die Stiftung «Look Good ... Feel Better» krebserkrankten Frauen, mit Rouge, Kajal und Lippenstift ihr Selbstvertrauen zu stärken und ein Stück Alltag zurückzugewinnen. Die Workshops sollen die Freude am eigenen Aussehen wieder beleben, ganz nach dem Prinzip «Wenn ich gut aussehe, fühle ich mich besser, und wenn ich mich besser fühle, sehe ich gut aus». Die Stiftung wurde 1998 in den USA gegründet und ist heute in 19 Ländern aktiv. In der Schweiz werden an 15 Spitälern in zehn Schweizer Städten solche Kurse mit grossem Erfolg angeboten. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.lgfb.ch.

Ohne Frauen kein Wirtschaftswachstum

Wir müssen in der Schweiz alle Talente suchen und fördern. Wir haben sie dringend nötig.

Talente fördern heisst auch Frauen fördern. Ohne Frauenförderung kein Wirtschaftswachstum. Dazu soll der Sonderband mit der Darstellung positiver Beispiele einen Beitrag leisten. Wir möchten den Frauen Mut machen, sich mehr zuzutrauen. Die Männer ermuntern wir, die Talente der Frauen mehr zu nutzen.

Jubiläum

80 Jahre Jungfreisinn

Am Samstag, 18. Oktober 2008, feierten die Jungfreisinnigen in Frauenfeld ihr 80-Jahr-Jubiläum. Zu diesem runden Geburtstag veröffentlichten die Jungfreisinnigen 80 jungliberale Forderungen zu aktuellen politischen Themen.

Von Brenda Mäder und Lena Schneller, Jungfreisinnige Schweiz

Die Jungfreisinnigen Schweiz nahmen dieses Jubiläum nicht nur zum Anlass, zurückzuschauen, sondern auch Wünsche für die Zukunft zu äussern. Aus diesem Grund veröffentlichten sie an der Jubiläumsfeier 80 Forderungen zu aktuellen Themen, die eine liberale Antwort verdienen und für welche die Jungfreisinnigen auch in Zukunft einstehen. Das Motto «Wir gestalten Zukunft» ist auch nach 80 Jahren noch aktuell. So zeigen die Jungfreisinnigen mit ihren Forderungen, dass sie sich auf ihre Zukunft freuen und diese mit ihrer generationengerechten, liberalen und frech verpackten – kurz jungfreisinnigen – Politik weiterhin aktiv mitprägen werden. In den vergangenen Jahren sind die Jungfreisinnigen mit zahlreichen provokativen Aktionen aufgefallen. Heute sind die Jungfreisinnigen die professionellste politische Jugendorganisa-

tion mit 25 Kantonal- und zahlreichen Hochschulsektionen. Die Fusion mit den Jungliberalen Schweiz im Frühjahr 2008 hat die Bewegung zusätzlich gestärkt. Politisch gestalten zahlreiche der insgesamt rund 3500 Mitglieder in Legislativen und Exekutiven unser Land mit. Im Nationalrat sind die Jungfreisinnigen Christa Markwalder und Christian Wasserfallen vertreten.

Als Gastreferent zum 80-Jahr-Jubiläum der Jungfreisinnigen war der Generalsekretär der FDP Schweiz, Stefan Brupbacher, ange-reist. Er überbrachte in einer motivierenden Rede der Jungpartei die besten Glückwünsche und freute sich auf die weiterhin gute Zusammenarbeit mit der FDP – für mindestens weitere 80 Jahre. Er lobte die Jungfreisinnigen für ihre vorbildlich abgeschlossene Fusion mit der Jungliberalen Partei und munterte die Jungfreisinnigen dazu auf, weiterhin innovative Ideen und Gedankenanstösse einzubringen. Beson-



Jung und Alt am Feiern.

ders gefreut hat die Jungfreisinnigen, dass neben vielen anderen Gästen auch ein ehemaliger Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, Raymond-Claude Foex, den Weg von Grand-Lancy bis nach Frauenfeld auf sich nahm, um der Jungpartei zum Geburtstag zu gratulieren.

Im Anschluss daran fand ein Jubiläumssessen im Restaurant Blumenstein in Frauenfeld statt. Bei Spaghetti, einem Glas Wein aus der Region und einem urthurgauischen und saisonalen Apfeldessert wurde angeregt weiterdiskutiert. Den Vertretern unterschiedlicher Generationen von jung gesinnten Freisin-

Mit Perspektive Schweiz unser Land bewegen

Am 27. Oktober 2008 startet sie wieder, die grösste Online-Abstimmung der Schweiz. Bis Ende Jahr haben Sie die Möglichkeit, mit Perspektive Schweiz unser Land zu bewegen. Unter www.perspektive-schweiz.ch kann zu aktuellen und brisanten Themen wie Jugendkriminalität, Stromversorgung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf Stellung genommen werden.

Das grundlegende Ziel von Perspektive Schweiz ist es, die Schweizer Bevölkerung vermehrt und frühzeitig in den politischen Entscheidungsfindungsprozess mit einzubeziehen und die öffentliche Diskussion zu brisanten politischen Themen anzuregen. Perspektive Schweiz bietet darum die einzigartige Möglichkeit, mit-

tels einer Online-Abstimmung seine Meinung zu Problemen unseres Landes kundzutun und die Politik aktiv zu beeinflussen. Zu jedem der fünf Problembereiche Jugendkriminalität, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Stromversorgung, Einkommenssteuer sowie Landwirtschaft steht eine Reihe von Lösungsvorschlägen zur Auswahl. Auf diese Weise werden die Wahrnehmungen und Wünsche aus Sicht der Bevölkerung erfasst.

Dank den repräsentativen Ergebnissen, basierend auf der Meinung von etwa 20 000 Teilnehmern, und dem Patronat, bestehend aus den Parteipräsidenten der fünf grössten Parteien, ist Perspektive Schweiz nicht mehr aus der Schweizer Politlandschaft wegzudenken. Bereits

bei der ersten Durchführung von Perspektive Schweiz im Jahre 2004 halfen Ergebnisse der Umfrage zum Durchbruch in der Bildungsreform-Debatte. Die sogenannte Bildungsverfassung wurde 2006 von allen Ständen und über 85% der Stimmbevölkerung gutgeheissen. Dies entsprach dem vorgängigen Ergebnis von Perspektive Schweiz. Seit je dienen die Resultate längst nicht nur einzelnen Parlamentariern, sondern auch Parteien und Bundesräten als Nachschlagwerk. Die Ergebnisse der diesjährigen Studie werden Anfang 2009 publiziert.

Ihre Teilnahme zählt. Nehmen Sie sich einige Minuten Zeit und geben Sie Ihre Meinung ab unter www.perspektive-schweiz.ch und bewegen Sie die Schweiz.

nigen aus diversen Regionen ging der Gesprächsstoff nicht aus.

Vor der offiziellen Feier fassten die Delegierten an ihrer Delegiertenversammlung mehrere Beschlüsse zu kommenden Abstimmungen. Die Weiterführung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit wird von den Jungfreisinnigen vorbehaltlos gutgeheissen und im Rahmen einer überparteilichen Jugendkampagne unterstützt. Ebenso befürworten die Jungfreisinnigen das Betäubungsmittelgesetz sowie die Hanf-Initiative, welche am 30. November zur Abstimmung kommen. Fast einstimmig verworfen wurde die Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten.

Die Delegierten sprachen sich im Weiteren nach einer kurzen, aber heftigen Diskussion gegen den Bundesbeschluss zur Einführung biometrischer Pässe aus. Stein des Anstosses war insbesondere die geplante zentrale Datenbank sowie Sicherheitsbedenken um den Datenschutz. Die Jungfreisinnigen fordern eine Überarbeitung des Gesetzes und verlangen zusätzlich, dass auch weiterhin eine Wahlmöglichkeit zwischen biometrischen Pässen und Identitätskarten besteht.

Ein weiterer Höhepunkt am Delegiertenrat bot sich, als die Delegierten über die beiden Kandidaturen für den Austragungsort des Kongresses 2009 der Jungfreisinnigen Schweiz zu befinden hatten. Dabei lautete die schwierige Aufgabe, aus zwei perfekt geplanten und voller Elan vorgetragenen Programmen auszuwählen. So offerierte die Sektion Freiburg unter anderem eine Panorama-Bahnfahrt mit «original» Fondue, und die Bündner priesen ein Wochenende im Ski-gebiet von Laax an. Der Zuschlag ging an die Bündner Sektion, welche grosszügig ihre Werbemittel an die Delegierten verteilte. Unter anderem fand auch ein kleiner Felsbrocken aus den Bündner Bergen im Thurgau eine neue Heimat.

Abstimmung

Arbeitsplätze für die Jungen!

Am 30. November gelangen mehrere richtungweisende Vorlagen zur Abstimmung. Unter anderem entscheidet die Bevölkerung über eine Volksinitiative, die das Verbandsbeschwerderecht auf ein sinnvolles Mass beschränken möchte. Die Jungfreisinnigen unterstützen dieses Anliegen mit einer eigenen Kampagne.

Von Alain Schreiner, International Officer Jungfreisinnige Schweiz

Umweltverbände haben in den vergangenen Jahren mit missbräuchlichen Verbandsbeschwerden Investitionen blockiert, Arbeitsplätze verhindert und sogar erneuerbare Energieträger sowie sinnvolle Sanierungen von Altbauten bekämpft. Diese Verhinderungspolitik hat nicht nur negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, sondern auch eine abschreckende Wirkung auf potenzielle ausländische Investoren. Da neue Arbeitsplätze und eine sichere Energieversorgung insbesondere für die junge Generation von grosser Bedeutung sind, setzen sich die Jungfreisinnigen für ein schnelles Ende dieser schädlichen Blockadepolitik ein.

Der Missbrauch des Verbandsbeschwerderechts ist besonders offensichtlich, wenn damit Parkplätze bei Einkaufszentren bekämpft werden. Einerseits führen reduzierte Parkplatzzahlen zu emissionsreichen Ausweichfahrten und zu umweltschädlichem Parkplatzsuchverkehr. Andererseits sinken Umsätze von Geschäften, denen Parkplatzbeschränkungen auferlegt werden, um bis zu 17 Prozent. Dies zeigt, dass Parkplatzreduktionen weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll sind. In einer spektakulären Aktion haben die Jungfreisinnigen kürzlich die Notwendigkeit von Parkplätzen bei Einkaufszentren aufgezeigt: Mit einem Betttransport von einem Möbelhaus in Spreitenbach an den Paradeplatz in Zürich, bei dem nur die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt wurden, demonstrierten sie den Heimliefererservice à la VCS. Nicht ganz



Der Jungfreisinn bei einer seiner vielen Aktionen.

überraschend stiessen sie in Bus, Bahn und Tram auf verschiedenste Hindernisse und erhitzen durch die dabei entstandenen Wartezeiten und Platzengpässe die Gemüter der Passanten.

Die von der FDP und den Jungfreisinnigen lancierte Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – mehr Wachstum für die Schweiz!» möchte das Verbandsbeschwerderecht nicht abschaffen, sondern es lediglich in ein vernünftiges Verhältnis zur Demokratie setzen. Wenn das Volk oder ein Parlament über ein Projekt demokratisch entschieden haben, sollen Verbände dagegen keine Beschwerde mehr erheben dürfen. Damit wird ein erhebliches Missbrauchspotenzial unterbunden. Verbände sind jedoch, wie alle anderen Akteure, eingeladen, am Meinungsbildungsprozess vor der Volksabstimmung konstruktiv mitzuwirken und dabei

ihre Anliegen und Bedenken zu äussern. Nach einem demokratischen Entscheid ist es aber die Pflicht unserer Behörden, für eine rechtmässige Umsetzung des Projektes zu sorgen. Dafür steht ihnen auch nach Annahme dieser Initiative das Mittel der Behördenbeschwerde zur Verfügung.

Mit Flyern, Inseraten, Postkarten und Online-Werbung werden die Jungfreisinnigen in den verbleibenden Wochen die Bevölkerung von der Bedeutung dieser Vorlage überzeugen. Ein JA zur Verbandsbeschwerdeinitiative führt zu mehr Rechtssicherheit für Investoren, eröffnet auch den Jugendlichen Aussichten auf neue Arbeitsplätze und Lehrstellen, stärkt die Demokratie und ebnet den Weg für eine zukunftsgerichtete Energie- und Umweltpolitik. Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.mehr-arbeitsplaetze.ch

Personenfreizügigkeit – ein wichtiger Schritt für die Zukunft der Schweiz

Die Personenfreizügigkeit ist aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung ein wichtiger Schritt für die Zukunft der Schweiz. Eine Ablehnung der Weiterführung und Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens würde sich verheerend für den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze in der Schweiz auswirken.

Wirtschaftliche Bedeutung der Personenfreizügigkeit

Das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit schweizerischer Unternehmen hängen wesentlich davon ab, dass geeignete qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichender Zahl angestellt werden können. Der Schweizer Arbeitsmarkt reicht nicht aus, um die bestehenden Stellen mit qualifiziertem Personal zu besetzen. Rund 1 Million Arbeitsplätze in der Schweiz können heute ohne Ausländerinnen und Ausländer nicht besetzt werden. Schweizer Unternehmen sind damit auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Fachkräfte sind Mangelware und international umworben. Der Zugriff auf ausländisches Personal auf dem Werk-, Denk- und Finanzplatz dürfte auch in Zukunft immer wichtiger werden, weil das Angebot an inländischen Arbeitskräften mittelfristig auch mit Blick auf demografische Erwägungen zurückgeht. Allein in der Schweizer Industrie fehlen über 5000 Ingenieure, Wissenschaft und Forschung klagen über fehlende Naturwissenschaftler.

Das Freizügigkeitsabkommen ist ein notwendiges Mittel, um Arbeitsplätze zu sichern, zu schaffen und die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes Schweiz zu sichern. Die Möglichkeit des Zugriffs auf ausreichendes und geeignetes Personal mildert den Druck zur Auslagerung von Fertigungsschritten ins Ausland.

Entsprechend zieht auch die Wirtschaft eine überaus positive Bilanz aus den bisherigen Erfahrungen mit dem Freizügigkeitsab-

kommen. Laut aktueller Umfrage der Economiesuisse und des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes messen mehr als 80% der Verbandsmitglieder dem Abkommen einen entscheidenden Stellenwert für das Wachstum ihrer Branche in den letzten Jahren bei. Diese Wertung vermag nicht weiter zu erstaunen in Anbetracht der Tatsache, dass die Schweiz jeden dritten Franken durch den Handel mit der EU verdient, dass 60% (128 Mrd. Franken) aller Exporte in den EU-Raum und sogar 80% aller Importe (153 Mrd. Franken) aus dem EU-Raum in die Schweiz fließen. Von Seiten des Seco heisst es sogar, dass der wirtschaftliche Aufschwung der Jahre 2004 bis 2007 ohne das Abkommen nicht in dem Ausmass möglich gewesen wäre. Das Staatssekretariat für Wirtschaft führt einen Drittel (1%) der durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,9% auf die Personenfreizügigkeit mit der EU zurück.

Finanzielle Auswirkungen und Argumente

Die finanziellen Auswirkungen des Personenfreizügigkeitsabkommens lassen sich wegen diverser relevanter Faktoren nur schwer beziffern. Unter folgenden Erwägungen kann ein positiver Einfluss anzunehmen sein:

- Wirtschaftswachstum führt zu neuen Arbeitsplätzen und steigenden Steuereinnahmen;
- gut Verdienende zahlen mehr Steuern;
- zusätzliche Kaufkraft dient der Wirtschaft und stützt die Konjunktur.



Die Personenfreizügigkeit ist wichtig für das Wirtschaftswachstum.

Bild: Keystone

Laut Aussagen des Bundesrates in seiner Botschaft zur Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens profitieren auch die schweizerischen Sozialversiche-

rungen gegenwärtig von der Freizügigkeit. Zugewanderte Bürger der EU/Efta-Mitgliedstaaten sind überwiegend Arbeitskräfte, die mitten im Erwerbsleben stehen und damit

mehr Beiträge an die AHV/IV zahlen, als sie Leistungen beziehen. Die bei Inkrafttreten des Abkommens geschätzten Kosten für die Sozialversicherungen (424 Mio. Franken) sind wesentlich geringer ausgefallen als erwartet (mit etwa 240 Mio. Franken im Jahre 2006).

Erfahrungen der letzten Jahre

Die Erfahrungen der letzten sechs Jahre haben gezeigt, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen eine wichtige Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum und das Bevölkerungswachstum der Schweiz darstellt. Umgekehrt sind die Befürchtungen von erhöhter Arbeitslosigkeit, Masseneinwanderung und Sozialtourismus nicht eingetreten. Der Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen gibt darüber Aufschluss, dass folgende Befürchtungen nicht eintreten:

- keine Masseneinwanderung
- keine Verdrängung inländischer Arbeitskräfte vom einheimischen Arbeitsmarkt
- sinkende Arbeitslosigkeit
- kein Lohndumping
- kein Sozialtourismus
- keine Zunahme von Kriminalität

Konsequenzen einer Ablehnung der Weiterführung und Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens

Lehnt der Souverän die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ab, treten sechs Monate nach der offiziellen Kündigung des Freizügigkeitsabkommens automatisch auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I ausser Kraft, da sie durch die sogenannte Guillotine-Klausel mit dem Freizügigkeitsabkommen verknüpft sind. Betroffen wären insbesondere die Abkommen in den Bereichen Abbau technischer Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen sowie Land- und Luftverkehr.

Dies würde sich verheerend für den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze in der Schweiz auswirken: Die Rekrutierung der nötigen Arbeitskräfte aus der EU würde für

die Unternehmen in der Schweiz erschwert, namentlich für gut qualifizierte und international umworbene Arbeitnehmer dürfte die Schweiz ohne Personenfreizügigkeit unattraktiver werden. Die Unternehmen verlieren zudem das Recht, erleichtert Personal in ihre Zweigstellen in den EU-Mitgliedstaaten zu entsenden, beispielsweise zur Montage und Wartung von Maschinen und Apparaten der Maschinen-, Elektronik- und Metallindustrie. Die Folge wären massive Wettbewerbsnachteile für Schweizer Unternehmen gegenüber der europäischen Konkurrenz. Auch würden schweizerische Unternehmen ihre Produktion und Arbeitsplätze vermehrt ins Ausland verlagern. Der Schaden für die Arbeitsplätze und den Wohlstand der Schweiz könnte erheblich sein.

Weitere negative Auswirkungen sind durch das Ausserkrafttreten der mit dem Freizügigkeitsabkommen verbundenen Abkommen zu erwarten. Als Beispiel sei auf das Abkommen über technische Handelshemmnisse hingewiesen. Für exportorientierte Hersteller von Industrieprodukten (z. B. Medizinprodukte, Maschinen- und Elektrogeräte) würden erneut Handelshemmnisse entstehen, die dank dem Abkommen über die technischen Handelshemmnisse abgeschafft worden waren. Die für den Marktzugang in der EG erforderlichen Produktprüfungen und Zertifizierungen müssten erneut doppelt durchgeführt werden, einmal in der Schweiz und einmal in der EU. Hieraus resultieren Mehrkosten von geschätzt 0,5 bis 1% des Umsatzes (entspricht 200 bis 500 Mio. Franken pro Jahr), ein Zeitverlust für den Marktzutritt schweizerischer Exporte und damit erhebliche Wettbewerbsnachteile gegenüber der europäischen Konkurrenz. In bestimmten Branchen entstünde das Risiko einer Abwanderung von Betrieben, wodurch Arbeitsplätze verloren gingen. Auch für aussereuropäische Firmen, die ihre Produkte von der Schweiz aus in Europa vermarkten wollen, würde der Stand-



Masseneinwanderung: eine unnötige Befürchtung.

ort Schweiz weniger attraktiv. Gravierend wären letztlich die politischen Folgen. Die Beziehungen der Schweiz zur EU würden belastet, die Zukunft des bilateralen Wegs – der Regelung von Anliegen und Interessen in Form bilateraler Verhandlungen und Abkommen – wäre grundsätzlich in Frage gestellt.

Alle, die einen EU-Beitritt ablehnen, müssen klar für die Weiterführung und Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens votieren, weil sich andernfalls zwangsläufig die Beitrittsfrage mittelfristig wieder stellen wird.



Wissenschaft und Forschung klagen über fehlende Naturwissenschaftler.

Fraktionsessen

Gemeinsames Nachtessen der FDP-Bundeshausfraktion

Die FDP-Fraktion war anlässlich des traditionellen Fraktionsessens zu Gast bei einer liberalen Berner Bauernfamilie.

Von Evelyn Hofer,
Sekretärin FDP Schweiz, Bereich Fraktion

Nach einer intensiven Herbstsession im Zeichen von Sicherheitspolitik und Armee genossen die Mitglieder der FDP-Fraktion ihr gemeinsames Nachtessen am 2. Oktober 2008. Dies

in einer vielen noch unbekanntenen, reizvollen und ruhigen Umgebung: auf dem Gurten, dem Berner Hausberg. Der Erlebnisbauernhof «highland-gurten», bei der liberal denkenden Bauernfamilie Balsiger, war für die Fraktion ein Highlight. Die gemütliche Atmosphäre im umgebauten Wagen-

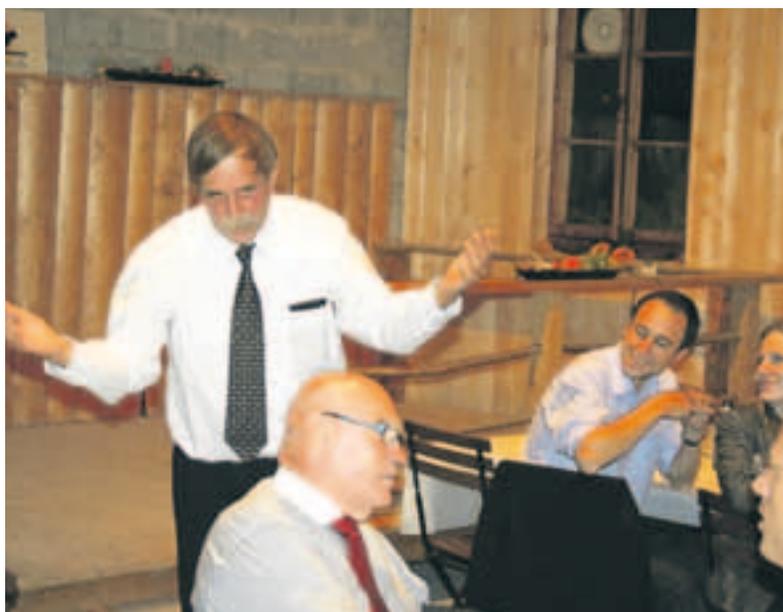
schoopf, die Musik sowie die herrliche Bewirtung gaben Raum für Tanz, gemeinsamen Gesang und Gespräche und erlaubten einen augenzwinkernden Blick auf bisher verborgene Parlamentariertalente. Dies liess Politik und Alltag für einen Abend Nebensache werden.



Ankunft im «highland-gurten».



FDP-Präsident Fulvio Pelli und Ständerätin Christine Egerszegi eröffnen mit einem Tanz.



Gesang in allen vier Landessprachen, kompetent dirigiert von NR Pierre Triponez.



Einige können's nicht lassen: Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP Schweiz, und NR Otto Ineichen bei der Termainsuche.

AHV-Initiative

Keine neue Milliardenbelastung der AHV

Die neue AHV-Initiative fordert, dass alle, die ihre Erwerbsarbeit aufgeben und weniger als 120 000 Franken jährlich verdienen, bereits mit 62 Jahren mit einer ungekürzten Rente in den Ruhestand gehen können. Das tönt ja verlockend, es wäre aber eine milliardenschwere Belastung für unser wichtigstes Sozialwerk. Das kann ich nicht verantworten und werde sie ablehnen.



Christine Egerszegi-Obrist

Von Christine Egerszegi-Obrist, Ständerätin, Mellingen

Die AHV-Initiative heisst zwar «für ein flexibles Rentenalter», aber faktisch geht es um eine neue Forderung zur Senkung des Rentenalters, wie sie schon mehr als einmal vom gleichen Absender erfolglos zur Abstimmung vorgelegt wurde. Nach dieser neuen Initiative sollen alle, die weniger als 120 000 Franken (!) pro Jahr verdienen, ab 62 eine ungekürzte Rente erhalten. Voraussetzung ist, dass sie ihre Erwerbsarbeit aufgeben. Weil nicht viele einen Monatslohn von über 10 000 Franken haben, könnten sich etwa 85% unserer Bevölkerung frühzeitig ohne Abstriche pensionieren lassen. Damit würde die AHV jährlich mit Mehrkosten von 1,4 bis 1,5 Milliarden Franken belastet, denn neben den zusätzlichen Rentenjahren, die zu berappen wären, würden hunderte von Beitragsmillionen wegfallen. Wie

man diese Kosten finanzieren soll, darüber sagt die Initiative nichts. In der Debatte meinten die Initianten, zurzeit könne das der AHV-Fonds verkraften, später müsse man dann halt höhere Lohnbeiträge erheben. Es stimmt: Der AHV-Fonds befindet sich heute dank den sieben Milliarden aus dem Nationalbankgold, dem zusätzlichen Mehrwertsteuerprozent für die demografische Entwicklung und der guten Konjunktur tatsächlich gut im Lot. Doch die Konjunktur ist unsicher, und in etwa zehn Jahren kommen die «Babyboomer»-Jahrgänge ins Rentenalter. Das heisst: Wir werden markant mehr ältere Leute haben, die alle auch ein Anrecht auf eine sichere Rente verdienen. Gleichzeitig werden wir mit weniger Beitragspflichtigen rechnen müssen, weil die Anzahl Geburten stark zurückgegangen ist. Ich will keine Panik machen, was die Finanzierbarkeit der AHV angeht, aber wir müssen realistisch sein und zusätzliche Milliardenkosten vermeiden. Es gibt noch einen andern wunden Punkt bei dieser Initiative: Voraussetzung für die ungekürzte Rente ist, dass man die Erwerbstätigkeit aufgibt. Wenn man sie nur teilweise aufgibt, hat man Anspruch auf eine Teilrente. Wie will man nun sicherstellen, dass Rentnerinnen und Rentner im In- und Ausland nicht die volle Rente beziehen und daneben doch noch weiterarbeiten? Wer ist für diese Überprüfung zuständig? Wer trägt die Kosten für diesen Kontrollaufwand? Diese Fragen blieben bisher vom Gewerkschaftsbund und seinen Verbündeten unbeantwortet. Ich bin sehr für eine Flexibilisierung des Rentenein-



tritts. Es ist heute schon möglich, die AHV ein oder zwei Jahre vor oder nach dem ordentlichen Rentenalter zu beziehen. Allerdings, wer früher geht, hat eine kleinere, wer länger arbeitet eine grössere Rente. Auch Leute mit kleinen Einkommen können sich eine vorzeitige Pensionierung leisten, weil sie Anspruch auf Ergänzungsleistungen haben. Natürlich muss man dazu belegen, dass man keine grossen Vermögen oder Nebeneinkünfte hat. Mit der laufenden 11. AHV-Revision soll ein gesetzliches Rentenalter 65 für alle festgeschrieben und gleichzeitig

die Flexibilisierung des Rentenalters sogar noch erweitert werden. Was wir aber nicht bieten können, ist eine Pensionierung ohne Abstriche mit 62 Jahren für fast alle. Das würde einerseits die AHV zu sehr belasten, andererseits wird unser Arbeitsmarkt schwer auf diese erfahrenen Arbeitskräfte verzichten können.

Die AHV ist unser wichtigstes Sozialwerk, und wir können es nicht verantworten, ihr derart mutwillig mit zusätzlichen Milliardenausgaben zu schaden. Deshalb sage ich Nein zu dieser AHV-Initiative.

Agenda

November 2008

21.–22.	Vorsessionale Fraktionssitzung	FDP Schweiz
30.	Eidg. Abstimmungen	FDP Schweiz

Dezember

1.–19.	Wintersession	FDP Schweiz
4.	Geschäftsleitung	FDP Schweiz

Heroingestützte Behandlung - ein Musterbeispiel für eine erfolgreiche Schweizer Drogenpolitik!

Am 30. November stimmen wir über die Vorlage des revidierten Betäubungsmittelgesetzes ab. Mit der Vorlage sollen die mehrheitsfähigen Elemente der im Sommer 2004 gescheiterten Revision nun endlich unter Dach und Fach gebracht werden. Als zentraler Punkt der Vorlage wird das bewährte 4-Säulen-Prinzip der schweizerischen Drogenpolitik – Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression – auf ein solides gesetzliches Fundament gestellt. Der Jugendschutz wird weiter ausgebaut. Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird strukturell verbessert. Die heroingestützte Behandlung hat sich seit ihrer Einführung bewährt und soll nun Eingang ins neue Gesetz finden.

Von Felix Gutzwiller,
Ständerat FDP ZH

Die Schweizer Drogenpolitik kann in den letzten 15 Jahren als eigentliche Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Dazu gehört im Speziellen die heroingestützte Behandlung. Die heroingestützte Behandlung richtet sich an schwer Heroinabhängige mit starken Defiziten im somatischen, sozialen und/oder psychischen Bereich, die mit anderen drogentherapeutischen Angeboten nicht erreicht werden. Sie umfasst zusätzlich eine reglementierte und kontrollierte Verschreibung von pharmazeutischem Heroin, eingebettet in ärztliche sowie psychosoziale Betreuung. Das durchschnittliche Alter der Patientinnen und Patienten liegt laut einer aktuellen Studie des BAG bei 39 Jahren, die Spannweite reicht von 20 bis 69 Jahren, die Mehrheit ist zwischen 35 und 44 Jahre alt.

Derzeit befinden sich rund 17 000 Heroinabhängige in einer methadongestützten und rund 1300 in einer heroingestützten Behandlung. Die ärztliche Verschreibung von Heroin an langjährige Schwerstsüchtige wurde erstmals 1994 nach einem dringlichen Bundesbeschluss ermöglicht. Die Zahl der Drogentoten ist seither massiv gesunken. Waren zu Beginn der 90er Jahre noch über 400 Todesopfer zu beklagen, so waren es



Felix Gutzwiller

2007 deren 152. Trotzdem haben diese Errungenschaften bisher keinen Eingang in die gesetzliche Grundlage der Schweizer Drogenpolitik gefunden. Das revidierte Betäubungsmittelgesetz schafft hier Klarheit.

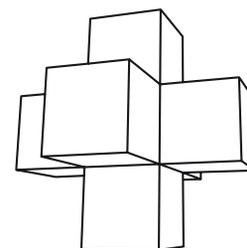
Im Zusammenhang mit der heroingestützten Behandlung spricht man auch von der Substitutionsbehandlung von Heroinsüchtigen. Bei der Substitutionsbehandlung wird das Heroin durch ein ärztlich verschriebenes Opioid substituiert. Das wohl bekannteste Opioid ist

Methadon. Die Beschaffungskriminalität konnte dank der heroingestützten Behandlung massiv gesenkt werden. Zahlen aus der Statistik belegen diesen Befund eindeutig: Ein Jahr vor Inkrafttreten des Programms waren rund 40% der behandelten Personen noch straffällig geworden und wanderten durchschnittlich für 30 Tage ins Gefängnis. Ein Jahr nach der Einführung des Programms waren von den behandelten Personen nur noch deren 6% während durchschnittlich gut 2 Tagen im Gefängnis.

Jährlich beenden zwischen 180 und 200 Patientinnen und Patienten die heroingestützte Behandlung, rund 40% von ihnen treten in eine Methadonbehandlung über. Rund 25% von ihnen treten in eine abstinenzorientierte Therapie über. Die soziale Integration der Patientinnen und Patienten wird durch die heroingestützte Behandlung gefördert. Patientinnen und Patienten, welche bereits mindestens ein Jahr in Behandlung sind, leben häufiger in stabilen Wohnverhältnissen (rund 93%) als Neueingetretene (76%). Die Sozialleistungen werden von ihnen weniger stark beansprucht, und sie gehen erwiesenermassen häufiger einer Arbeit nach. Die Substitutionsbehandlung von Heroinsüchtigen ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation ergeben, dass ein Dollar, welcher

in eine Substitutionsbehandlung investiert wird, durch die Senkung der Beschaffungskriminalität sowie der Gesundheitskosten rund 12 Dollar an Folgekosten einspart.

Die Erfolge der heroingestützten Behandlung sind klar ersichtlich. Studien aus den Niederlanden, aus Deutschland, Spanien und England bestätigen die positiven Erfahrungen aus der Schweiz. Um diese auch in Zukunft zu garantieren, braucht es eine geregelte und vernünftige Verankerung der heroingestützten Behandlung. Das revidierte Betäubungsmittelgesetz trägt diesem Umstand Rechnung. Die heroingestützte Behandlung hat auch einen grossen Beitrag an das Sicherheitsfinden der Bevölkerung geleistet, indem die Beschaffungskriminalität deutlich gesenkt werden konnte. Die Drogenproblematik wurde in den 80er Jahren von der Bevölkerung noch als sehr hoch eingestuft. Heutzutage wird die Drogenproblematik laut Sorgenbarometer als deutlich geringer eingestuft.



Agenda 2009

Februar

- 6./7. Fraktionsseminar
- 8. Eidg. Abstimmungen
- 20./21. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 27. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 28. Delegiertenversammlung

März

- 2.-20. Frühjahrssession
- 5. Geschäftsleitung

April

- 24. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 25. Delegiertenversammlung
- 27.-30. Sondersession Nationalrat

Mai

- 15./16. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 17. Eidg. Abstimmungen
- 25. 5.-12. 6. Sommersession (1.6. = Pfingstmontag)
- 28. Geschäftsleitung

Juni

- 3. Ausflug der FDP-Fraktion der Bundesversammlung
- 26. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 27. Delegiertenversammlung

August

- 28./29. Vorsektionale Fraktionssitzung

September

- 7.-25. Herbstsession
- 10. Geschäftsleitung
- 12. Tag der FDP-Parlamentarier
- 27. Eidg. Abstimmungen

Oktober

- 16. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
- 17. Delegiertenversammlung

November

- 13./14. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 23. 11.-11. 12. Wintersession
- 25. Wahlfeier Stände- und Nationalratspräsident
- 26. Geschäftsleitung
- 29. Eidg. Abstimmungen

Dezember

- 2. Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates
- 3. Wahlfeier des Bundespräsidenten
- 10. Weitere Feiern

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30

Anzeige

EINE SOLIDARITÄTS-PATENSCHAFT für die Zukunft der Kinder



Ja, ich möchte eine Solidaritäts-Patenschaft für Kinder in Not abschliessen.

Ich bezahle monatlich

Fr. 40.- Fr. ____

Bitte senden Sie mir die Patenschaftsbestätigung zusammen mit den Einzahlungsscheinen.

Bitte senden Sie mir mehr Informationen über die Patenschaften von Terre des hommes.

34147

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

**Terre des hommes, Patenbetreuung,
En Budron C8, 1052 Le Mont-sur-Lausanne
Infoline: 021/654 67 67 • E-mail: info@tdh.ch**

© Tdh/Jean-Marc Jolidon/Terra
Kinderhilfe - www.tdh.ch
Gratissenerat



Microsoft
Your potential. Our passion.™

ISOLIERT

INTEGRIERT

Petra Giger und Patrick Rothmund arbeiten mit Microsoft Office in Rumantsch. Dank der Software in ihrer Muttersprache können sie einfacher und intuitiver arbeiten, lernen und kommunizieren. So helfen sie und Microsoft, eine alte Sprache und die Kultur zu erhalten. Lesen Sie mehr auf www.aufmeinemweg.ch